

Falsche Prioritäten – Warum Wärmepumpen das Klima nicht retten werden

Welt, 21.06.2023, Rudolf Scharping

<https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus245960334/Rudolf-Scharping-zu-Habecks-Heiz-Gesetz-Schluss-mit-der-Verbortheit.html>

Robert Habecks Heizungsgesetz ist typisch für eine Klimapolitik, die ideologisch verbohrt ist: Mit alternativer deutscher Technik könnten wir mehr CO₂ sparen als mit Wärmepumpen, zu geringeren Kosten, und diese Technik sogar exportieren. Das Problem ist: Die Regierung erlaubt es nicht.

Der grüne Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann, fordert, die Länder frühzeitig einzubinden in die Beratungen zu Robert Habecks Heizungsgesetz. Recht hat er – ihm geht es um technische Offenheit, wirtschaftliche Vernunft, sozial gute und pragmatische Lösungen, kurz: um verantwortliches Handeln. Wie das gelingen kann, hat die Schweiz gerade gezeigt.

Stellen Sie sich vor, man bietet Ihnen ein Produkt an für rund 13.000 Euro. Sie zögern, wägen Ihre Möglichkeiten. Nun tritt ein zweiter Anbieter auf den Plan. Er bietet das gleiche Produkt, aber für weniger als zehn Prozent des Preises.

Das ist die Situation: Mit dem Gebäudeenergiegesetz (GEG) sollen laut Habecks Bundeswirtschaftsministerium knapp 11 Millionen Tonnen CO₂ eingespart werden, bei Kosten von mindestens 130 Milliarden Euro. Etwa die gleiche Menge CO₂ spart man ein, wenn man – zu einem Bruchteil der Kosten – ein einziges Kohlekraftwerk so umrüstet, dass dort CO₂ „eingefangen“ werden kann.

Deutschland hemmt sich selbst

Es geht aber um mehr als Geld und die Frage, wer es aufbringt. Es geht darum, wie man mit dem besten Hebel die größtmögliche Wirkung erzielt, um das Klima zu schützen, eine leistungsfähige Wirtschaft zu erhalten, die Gesellschaft zusammenzuhalten und Lösungen anzubieten, die weltweite Relevanz haben.

In diesem „Viereck“ einer zukunftsfähigen Wirtschafts- und Klimapolitik sind Wärmepumpen ein Beitrag; entscheidender ist Anderes.

Deutschland verfügt über einzigartig gute Technologien, hemmt und behindert sie aber. So ist das mit dem möglichen Einfangen von CO₂ an der Stelle, wo es frei wird. Die Konzerne Linde und BASF haben die Verfahren entwickelt, das Energieunternehmen RWE hat sie erprobt (und beliefert schon reines CO₂ an die Getränkeindustrie). RWE nutzt die Technik jetzt auch in größerem Maßstab, freilich nicht in Deutschland.

Warum? Weil Deutschland seit 2014 diese Technologie (Carbon Capture and Storage, kurz CCS) auf Pilotanlagen begrenzt. Der Grund dafür? Das sei ein Programm zum Reinwaschen dreckiger Kohle, meinte der damalige schleswig-holsteinische Landesumweltminister Habeck.

Heute dagegen soll in Habecks Heizungsgesetz sogar geregelt werden, dass Müllverbrennung, die derzeit fast 24 Millionen Tonnen CO₂ verursacht, auch ohne Abscheidung von CO₂ „gut“ ist. Aus dieser ideologisch verbohrtene Ecke müssen wir raus, je schneller, je besser.

Das gilt auch für andere Technologien, deren Patente in Deutschland entwickelt wurden – zum Beispiel solche, mit denen CO₂ wieder mit Wasserstoff zu Kohlenwasserstoffen verbunden werden kann; oder mit denen sich biologische Abfälle in Öl verwandeln lassen. Sogar Klärschlämme werden so zu einem Sekundärrohstoff. Die Liste der Beispiele ließe sich noch verlängern.

Wir haben also sehr viel in der Hand, um Klimaneutralität in Deutschland zu erreichen und gleichzeitig anderen auf der Welt technisch gute Lösungen anzubieten. Meine Prognose: CO₂ wird bald als sekundärer Rohstoff verstanden, den wir zurückholen müssen (und können) in den wirtschaftlichen Kreislauf. Das ist anspruchsvoller als bei Papier, Glas oder Metallen – aber es ist möglich und übrigens auch unausweichlich.

Der Weltklimarat (IPCC) sagt seit Langem: Es müssen mindestens gewaltige 700 Gigatonnen CO₂ aus der Atmosphäre geholt werden, wenn die Klimaziele erreicht werden sollen. Allein mit Wäldern, die wie die Regenwälder bedroht sind, und Ozeanen wird das nicht gelingen. Es bedarf auch technischer Lösungen.

Dazu kann, ja muss Deutschland beitragen. Wie gesagt: Wir haben herausragend gute Möglichkeiten. Der Vorsprung aber droht verloren zu gehen. Deutschland und Europa sind noch immer nicht entschieden genug, wenn aus Innovationen etwas geformt werden soll von globaler Relevanz.

Schweden, Norwegen oder Kalifornien (um nur drei zu nennen) sind auf dem Weg zu einem technisch machbaren, wirkungsvollen und sozial gerechten Klimaschutz schon viel weiter. Da gibt es keine planwirtschaftlichen, keine bürokratischen oder ideologisch fixierten Muster.

Kein Mensch wartet auf uns

Ein Beispiel: Dort gibt es in großen Mengen eine klimaneutrale Beimischung zu Diesel, mit Anteilen von dreißig Prozent und mehr. Nach jahrelangen Debatten hat dies schließlich auch der Deutsche Bundestag genehmigt. Der Beschluss ist nun auch schon wieder fast vier Monate her; die entsprechende Änderung einer Verordnung zum Bundes-Immissionsschutzgesetz lässt seither auf sich warten.

Ja, wir brauchen Regelungen, Gesetze und Verordnungen – damit ist ja nicht gesagt, was dort inhaltlich geregelt werden soll. Wer wie ich in Deutschland und darüber hinaus unterwegs ist, der weiß: Kein Mensch wartet auf deutsche Bürokratie, erhobene Zeigefinger und belehrende Vorschriften.

Wartet jemand auf ein deutsches „Vorbild“? Wir glauben das gerne und meinen: Wenn wir in Deutschland etwas nicht schaffen, wer soll es sich dann zutrauen? Das empfinde ich als überheblich, solange wir nicht mit praktischem Tun zeigen, was wir können – und das heißt auch: klare Ziele und einen Rahmen vorgeben, in dem sich persönliche Verantwortung, wirtschaftliche Vernunft und vielfältige technische Möglichkeiten entfalten können.

2011 beschloss Deutschland, aus der Atomenergie auszusteigen – an einem Masterplan zur Energiewende fehlt es bis heute. Das schafft Unsicherheit in der Wirtschaft; ein Ergebnis der Diskussionen über die Strompreise für die Wirtschaft ist nicht absehbar. Die Folgen sind schwerwiegend: Bestimmte Produkte sind aus deutschen Standorten heraus derzeit nicht oder kaum exportfähig, mindestens außerhalb Europas.

Nicht ausgelastete Kapazitäten heute sind wegfallende Arbeitsplätze morgen. Zum Bild gehört auch: Deutschland wird Rohstoffe und Energie einführen (müssen), wenn es eine erfolgreiche und stabile Wirtschaftsnation bleiben will.